



Jahresbericht des Vorstandes der Eberhard-Schultz-Stiftung 2017

(i.S.v. § 7 Abs. 2 Satz 4 Ziff. 3 iVm. § 11 Abs. 2 der Satzung; zur Vorlage beim Kuratorium zwecks Prüfung und Entlastung nach § 11 Abs. 2 und 3 der Satzung)

Einleitung

Nach der Gründung unserer Stiftung, im November 2011, ist dies der sechste Bericht über ein vollständiges Kalenderjahr. Sitz der Stiftung ist nun das im Januar bezogene Büro im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin.

Auf der Grundlage der „Rahmenbeschlüsse“ des Kuratoriums haben wir die begonnenen Projekte 2017 erfolgreich fortsetzen können und neue Projekte durchgeführt – neben dem Bereich der sozialen Menschenrechte sind dabei auch die Schritte im „zweiten Standbein“ der Stiftung, der Partizipation, verstärkt worden.

Die Stiftung hat sich an der 8. Berliner Stiftungswoche mit einer eigenen Veranstaltung beteiligt und war auf Veranstaltungen weiterer Stiftungen und Organisationen präsent.

Unsere sechste Jahresveranstaltung mit der Verleihung des „Sozialen Menschenrechtspreises 2017“ und eines Sonderpreises fand wieder im Rathaus Charlottenburg unter der Schirmherrschaft des Bezirksbürgermeisters Reinhard Naumann und mit einer Rede des stellv. Kuratoriumsvorsitzenden Nihat Sorgeç für die verhinderte Kuratoriumsvorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth unter reger Beteiligung statt.

Die Öffentlichkeitsarbeit wurde intensiviert, besonders in Hinblick auf die Information parlamentarischer und anderer Entscheidungsträger über den Stand der Umsetzung der sozialen Menschenrechte in Deutschland.

Die anwachsende praktische Öffentlichkeits- und Verwaltungsarbeit konnte mit Hilfe eines qualifizierten Mitarbeiters (der mit einer halben Stelle beschäftigt ist) bewältigt werden, unterstützt von einem Praktikanten und drei Praktikantinnen, die jeweils ein dreimonatiges Praktikum absolvierten.

Aktueller Stand der Sozialen Menschenrechte in Deutschland

Deutschland hat das Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt weiterhin nicht ratifiziert. Nach Aussage der Bundesregierung befindet sich die Ratifizierung immer noch in der Prüfung. Auch wenn sich einzelne Bundestagsabgeordnete weiter für die Ratifizierung stark machen, ist es mehr als fraglich, dass die Regierungskoalition das Thema aufgreift. Von den Oppositionsparteien fordert ausdrücklich Die Linke weiter die Ratifizierung und hat unter Federführung unseres Vorstandsmitglieds Azize Tank nach umfänglicher Vorarbeit einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der sozialen Menschenrechte in den Grundrechtsteil des Grundgesetzes in den Bundestag eingebracht, der erwartungsgemäß mit den Stimmen der Großen Koalition und Enthaltung eines Großteils der Grünen abgelehnt wurde.

Die zunehmende soziale Spaltung in Deutschland, die Vermögenskonzentration beim vermögenden Teil der Bevölkerung und die fehlende Umverteilung durch eine geeignete Steuer- und Investitionspolitik haben Auswirkungen auf das soziale Klima, die



Wohnungsverteilung und den Gesundheitsbereich. Die aktuelle Politik der Bundesregierung und der EU in Flüchtlingsfragen und Minderheiten verweigert ganzen Personengruppen die längst festgeschriebenen sozialen und kulturellen Menschenrechte. Auch im Berichtsjahr haben die Defizite mit ihren katastrophalen Folgen für immer größere Teile der Bevölkerung (Wohnungslosigkeit, Rente, Pflegenotstand) wiederholt zu öffentlichen Debatten geführt. Unter dem Stichwort Soziale Gerechtigkeit wurden auch Detailforderungen entwickelt, von denen einige wenige umgesetzt wurden. Allerdings fehlt nach wie vor ein breites Bewusstsein für die Bedeutung der sozialen Menschenrechte. Abhilfe schaffen könnte die Ratifizierung des Zusatzprotokolls als wichtiger erster Schritt zur Durchsetzung der sozialen Menschenrechte als jedem einzelnen zustehende subjektive Rechte und damit ihre individuelle Einklagbarkeit, die aber selbst nach dem 50. Jahrestag der Verabschiedung des UN-Sozialpakts immer noch ausstehen.

Gremien

Der Vorstand hat regelmäßig getagt, die Sitzungen mit den notwendigen Beschlüssen protokolliert, diese umgesetzt und das Kuratorium darüber informiert.

1. Projekte

Der Satzungszweck unserer Stiftung wurde wie in den Vorjahren durch eine Reihe von Projekten im Bereich der sozialen Menschenrechte und Partizipation verwirklicht:

Projekt 1: Weiterführung der Kampagne zur Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt sowie Mitwirkung am Parallelbericht zum Staatenbericht zu Deutschland

Projekt 2: Fortführung des Notfonds für mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Projekt 3: Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!

Projekt 4: Projektantrag an EU mit ILMR

Projekt 5: Community Carnival

Projekt 6: Joliba e.V. Conaction-Konferenz

Projekt 7: Mob e.V. Sleepout Berlin

Projekt 8: Radio Z

Projekt 9: Radio Lora

Projekt 10: Fachtagung: „Verwirklichung der sozialen Menschenrechte in Zeiten sozialer Spaltung – Von der sozialen Gerechtigkeit zum Recht auf Wohnen“ mit Dokumentation

Projekt 11: Fachgespräch „Wie weit noch zur Verwirklichung des Sozialen Menschenrechtes auf ein Höchstmaß an Gesundheit?“ mit Dokumentation



Projekt 12: Jahresveranstaltung mit Verleihung des „Sozialen Menschenrechtspreises“ 2017 und eines Sonderpreises

Projekt 13: Jumen e.V.

Projekt 14: Willkommensbroschüre des Bundesverbandes umF e.V.

Alle geförderten Projekte wurden von uns finanziell und teilweise organisatorisch unterstützt. Die Förderung erfolgte jeweils im Hinblick auf die exemplarische Bedeutung für die Umsetzung der sozialen Menschenrechte in Deutschland. In den Projekten stehen neben den sozialen Menschenrechten zudem auch ganz direkt die Stärkung von Partizipation und die Eröffnung von Partizipationsmöglichkeiten im Fokus.

Die Projekte wurden erfolgreich abgeschlossen, auf Dauer angelegte Engagements werden fortgeführt und laufen auch im Jahr 2018 weiter.

Eine Reihe von Anfragen anderer Initiativen um Unterstützung und Bitten um Einzelfallhilfe mussten zum Teil wegen unseres begrenzten Budgets abgelehnt werden, zum Teil weil diese nicht unserem Satzungszweck entsprachen.

1.1 Weiterführung der Kampagne zur Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt sowie Mitwirkung am Parallelbericht zum Staatenbericht zu Deutschland

Mit mehreren Artikeln, einer Presseerklärung und der Unterschriftensammlung wurde die Kampagne zur Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt fortgeführt, siehe auch weiter unten unter Öffentlichkeitsarbeit. Erstmals nimmt unsere Stiftung am UN-Staatenberichtsverfahren mit einem Parallelbericht und einer vorbereitenden List of Issues teil, um zu zeigen, dass das Zusatzprotokoll zum UN -Sozialpakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte endlich verabschiedet werden muss und damit der Weg auch für die Umsetzung in Deutschland geebnet wird. Die List of Issues zum Staatenbericht wurde rechtzeitig zur vorbereitenden Sitzung des zuständigen UN-Ausschusses gesandt. Schwerpunkte unserer List of Issues sind das Recht auf Wohnen und das Recht auf Gesundheit. Der eigentliche Schattenbericht muss erst im August 2018 vorgelegt werden, da dann die Sitzung des UN-Sozialausschusses stattfindet. Der Schattenbericht wird in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern der Stiftung erstellt werden, bisher haben die Humanistische Union und der Paritätische Gesamtverband zugesagt.

1.2 Notfonds für mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Mit dem zweitältesten Projekt unserer Stiftung, dem Notfonds (monatlich bis zu 500 Euro) unterstützen wir mobile Arbeitnehmer*innen in bestimmten Notsituationen. Er wurde auch im Berichtsjahr fortgeführt. Dabei arbeiten wir eng mit dem Projekt „Faire Mobilität“ des DGB-Bundesvorstands zusammen.

Die Unterstützung durch den Notfonds erfolgt in besonderen Einzelfällen, an denen sich die Notwendigkeit verdeutlichen lässt, dass die sozialen Menschenrechte auch als individuell



einklagbare Rechte zu verankern sind. Insgesamt wurden 2017 9 Fälle mit insgesamt **2810 Euro** unterstützt.

1.3 "Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!"

Wir haben das breite Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen mit 2000 Euro unterstützt, das entschlossene Maßnahmen fordert gegen Ausgrenzung, für mehr soziale Sicherheit und für mehr Investitionen für Soziales, Bildung, Pflege, Kultur und Jugend. Das Bündnis wirbt mit einem gemeinsamen Aufruf "Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!" für eine "neue, gerechtere Politik" und fordert die stärkere Besteuerung großer Vermögen, Einkommen und Erbschaften zur Finanzierung des vorgeschlagenen Maßnahmenpaketes.

1.4 EU-Projektantrag mit ILMR

Unsere Stiftung nahm als assoziierter Partner am EU-Projektantrag im Bereich „Europa für Bürgerinnen und Bürger, Demokratisches Engagement und Partizipation/ Europe for Citizens Programme 2014-2020, Strand 2: Democratic engagement & civic participation, Measure 3: Civil Society Projects“ der Internationalen Liga für Menschenrechte teil: Koordinator Dr. Jan Wollmann. Geplanter Aufgabenbereich unserer Stiftung: Teilnahme und Organisation von Workshops. Das Projekt wurde nicht zur EU-Förderung ausgewählt.

1.5 Community Carneval

Wir unterstützten den Karneval der Geflüchteten der Flüchtlingsinitiative Myrightisyourright am 20.3.2017 als Demonstration zum globalen Aktionstag gegen Rassismus mit 1000 Euro.

1.6 Joliba e.V. ConAction-Konferenz

Vor dem Hintergrund der immer problematischer werdenden Verhältnisse für Geflüchtete an den europäischen Außengrenzen haben wir die vom JOLIBA e.V. organisierte ConAction-Konferenz zur Verbesserung der humanitären Situation an den europäischen Außengrenzen mit 3000 Euro gefördert. Die Konferenz diente dazu, ca. 2.000 Teilnehmer*innen aus der internationalen humanitären Hilfe, deutschen Organisationen sowie deutscher und europäischer Politik zu versammeln und Informationsaustausch zu ermöglichen. Unser Vorsitzender Eberhard Schultz hielt ein Grußwort auf der Eröffnung der Konferenz.

1.7 Mob e.V. Sleepout Berlin

Die Stiftung förderte eine Aktion des Vereins Mob e.V., der sich für die Verbesserung der Lebensumstände von gesellschaftlich Benachteiligten, v.a. Wohnungslosen und von Obdachlosigkeit bedrohte Personen, einsetzt. Im Rahmen des „Sleepout Berlin“ am 15. September 2017, bei der Prominente, Politiker*innen und engagierte Bürger*innen eine Nacht im Freien schliefen, um auf die Not Tausender Obdachloser in Berlin aufmerksam zu machen, erschien zeitgleich eine Sonderausgabe der Straßenzeitung *strassenfeger*. Die Sonderausgabe mit dem Titel „Unsichtbar - Obdachlos in Berlin“ beschäftigt sich mit Themen der Obdachlosigkeit. Ziel ist es den Blick für obdachlose und wohnungslose Personen zu weiten. Unsere Vorstandsmitglieder Azize Tank und Eberhard Schultz nahmen an dem Aktionstag teil. Die Stiftung förderte die Ausgabe mit 1 500,00 Euro.



1.8 Radio Z

Das von der Stiftung mit 900 Euro geförderte Radioprojekt Precaradio von Radio Z berichtet über prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse in Deutschland und Europa. Vom 01.10.2017 bis 31.03.2018 produziert und sendet das Redaktionsteam monatlich eine 30-minütige Sendung bei CM Radio Z. Zu Wort kommen Betroffene, Aktivist*innen, Vertreter*innen von Gewerkschaften, Basisinitiativen, sozialen Bewegungen und Expert*innen. Eberhard Schultz wurde zu sozialen Menschenrechten interviewt, siehe unter Öffentlichkeitsarbeit.

1.9 Radio Lora

Wir unterstützten mit 1760 Euro die Berichterstattung von den Münchener Tagen der Menschenrechte durch das Radio Lora München. Es gab eine einstündige einführende Sendung zur Vorberichterstattung, eine zweistündige Liveschaltung von der zentralen Veranstaltung und die Dokumentation zweier einzelner Veranstaltungen mit Bezug zu sozialen Menschenrechten. Interview mit der Stiftung siehe unten unter Öffentlichkeitsarbeit.

1.10 Fachtagung: „Verwirklichung der sozialen Menschenrechte in Zeiten sozialer Spaltung — Von der sozialen Gerechtigkeit zum Recht auf Wohnen“ mit Dokumentation

In Kooperation mit dem ver.di- Bildungs- und Begegnungszentrum „Clara Sahlberg“ fand am 21.4.2017 im Rahmen der Berliner Stiftungswoche unsere Fachtagung mit über 80 Teilnehmenden statt. Der Jurist Prof. Dr. Eberhard Eichenhofer gab eine Einführung in die sozialen Menschenrechte und ihre Durchsetzung mit besonderem Fokus auf das Recht auf angemessene Wohnung. Der Sozialwissenschaftler Dr. Andrej Holm referierte zum Thema „Wohnung für alle in der Metropole Berlin“. In zwei Workshops, dem Workshop „Kommunale Wohnungspolitik“ und dem Workshop „Wohnungslosigkeit und Geflüchtete“, wurden anschließend in einer Politiker*innenrunde mit Expert*innen die angesprochenen Problemfelder eingehender beleuchtet. Zur Fachtagung erschien eine Dokumentation.

1.11 Fachgespräch „Wie weit noch zur Verwirklichung des Sozialen Menschenrechts auf ein Höchstmaß an Gesundheit?“ mit Dokumentation

Unser Fachgespräch zum sozialen Menschenrecht auf Gesundheit fand in Kooperation mit der Sprecherin für Soziale Menschenrechte der Fraktion DIE LINKE, Azize Tank MdB, am 4.7.2017 im Haus der Demokratie und Menschenrechte in Berlin statt. Neben Einführungsvorträgen von Tobias Baur (Humanistische Union) und PD Dr. Thomas Lampert (Robert-Koch-Institut) zum sozialen Menschenrecht auf Gesundheit sowie dem Zusammenhang sozialer Ungleichheit und Gesundheit, konnten die Teilnehmer*innen in zwei Themenforen mit Elène Misbach (Medibüro Berlin) sowie mit Jeffrey Butler (Bezirksamt Berlin-Mitte) ins Gespräch kommen. In der abschließenden Podiumsdiskussion mit den



Referent*innen sowie den Veranstalter*innen Azize Tank und Eberhard Schultz wurden aktuelle Probleme des Sozialen Menschenrechts auf ein Höchstmaß an Gesundheit erörtert und gemeinsame Lösungsansätze diskutiert. Zum Fachgespräch wurde eine Dokumentation erstellt.

1.12 Jahresveranstaltung der Stiftung am 10.10.2017

Höhepunkt des Jahres 2017 war unsere öffentliche Festveranstaltung am 10.10.2017 im Festsaal des Rathauses Charlottenburg mit Verleihung des mit 5000 Euro dotierten „Sozialen Menschenrechtspreises 2017“ an die Hamburger **KulturistenHoch2**. – ausgewählt unter zahlreichen Bewerbungen von der Jury aus Sanchita Basu, Heide Knake-Werner, Cem Dalaman, Reinhard Laska und Nihat Sorgeç. Ein ebenfalls mit 5000 Euro dotierter Sonderpreis ging an die **Schöneberger Vielfältige Menschenbild gUG**. Gut 100 Gäste feierten mit dem Vorstand und den (auch ehrenamtlichen) Mitarbeiter*innen der Stiftung und nahmen regen Anteil an unserer Jahresveranstaltung mit informativen Redebeiträgen und begeisternder Musik.

Nach der Begrüßung der anwesenden Gäste durch den Vorsitzenden der Stiftung und der Grußbotschaft des stellv. Kuratoriumsvorsitzenden Nihat Sorgeç, begrüßte auch der stellv. Bürgermeister Carsten Engelmann in Vertretung für den verhinderten Schirmherrn Reinhard Naumann, Bezirksbürgermeister von Charlottenburg-Wilmersdorf, die Anwesenden. Die Laudatio für den Menschenrechtspreis hielt die Sozialsenatorin a.D. Heidi Knake-Werner, für den Sonderpreis MdB a.D. Azize Tank. Die Veranstaltung hat auch durch die Laudationes für die Preisträger*innen und deren Dank, die künstlerische Umrahmung und den anschließenden Empfang, auf dem die Gelegenheit zu weiterer Vernetzung wahrgenommen wurde, bei den Besucher*innen großen Anklang gefunden.

1.13: Jumen e.V.

Die Eberhard-Schultz-Stiftung fördert mit 3000 Euro das Projekt „Recht auf Familie - für eine humane Asylpolitik“ von Jumen e.V.- Juristische Menschenrechtsarbeit in Deutschland, das sich für die Umsetzung des in Artikel 10 des UN-Sozialpakts niedergelegten Rechts auf Familie einsetzt und sich aktiv gegen die durch das sogenannte Asylpaket II ausgeschlossene Möglichkeit des Familiennachzugs subsidiär Schutzbedürftiger einsetzt. Mit der Methode der strategischen Prozessführung geht JUMEN e.V. gegen Rechtsverletzungen vor, in dem sie für ausgewählte Fälle Betroffene mit Rechtsanwält*innen zusammenbringt, sie durch juristische Expertise und Weiterbildungsangebote unterstützt und Öffentlichkeitsarbeit betreibt.

1.14: Willkommensbroschüre des Bundesverbandes umF e.V.

Die Stiftung fördert die Übersetzung einer 50-Seitigen „Willkommensbroschüre“ des [„Bundesfachverbands unbegleiteter minderjährige Flüchtlinge \(BumF\)“](#) mit 2604 Euro. Die Willkommensbroschüre hilft unbegleiteten minderjährigen Kindern und Jugendlichen auf der Flucht, sich bei ihrer Ankunft in Deutschland zu orientieren, klärt sie umfassend über ihre Rechte und Möglichkeiten auf und informiert über das Leben in Deutschland. Damit leistet BumF einen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe minderjähriger Geflüchteter und stärkt



die Rechte der Kinder. Die Broschüre ist bisher in Englisch, Französisch und Deutsch erschienen.

2. Weitere Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit

Der Satzungszweck wurde im Berichtsjahr zudem durch Veranstaltungen und unsere Öffentlichkeitsarbeit verwirklicht. Für ein aktuelleres Design der Homepage und der Druckmaterialien der Stiftung wurden Angebote mehrerer Werbeagenturen eingeholt, Auswahl und Beauftragung werden 2019 erfolgen.

2.1 Veranstaltungen

Wir haben an einer Reihe von Veranstaltungen, auch anderer Stiftungen teilgenommen, unsere Stiftung dort eingebracht, wichtige Erfahrungen gesammelt und Kontakte geknüpft. Unter anderem war unsere Stiftung vertreten:

- JahresforumExtra, Tagung am 16./17.2. über junge Arme in Karlsruhe
- Fachtagung „Soziale Rechte weltweit“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 20./21.2. mit Redebeiträgen von Eberhard Schultz und Azize Tank
- Auf einer Veranstaltung des Stiftungsnetzwerkes Bildung am 27.2.2017
- Teilnahme an Pressekonferenz des von uns unterstützten Bündnisses Reichtum umverteilen am 28.3.2017 mit einer gemeinsamen Pressemitteilung
- Der Vorstandsvorsitzende Eberhard Schultz nahm als Gastredner an der Veranstaltung „Brüder der Landstraße“ in Bernau am 7.5.2017 zum sozialen Menschenrecht auf Wohnen und den Architekten Gustav Lilienthal teil
- Vortrag von Eberhard Schultz in der Hans-Litten-Schule zum Europatag am 12.5.2017
- Teilnahme am Fachgespräch der Bundestagsfraktion der Grünen „Macht. Geld. Chancen.“ am 19.5.2017 zu Armut und Ungleichheit
- Besuch des Sozialpolitischen Fachgesprächs „Armut in den Blick nehmen – Sozialstaat stärken!“ der Volkssolidarität am 6.6.2017
- Teilnahme an der Veranstaltung „Welche Wirtschaftsordnung braucht eine offene Gesellschaft?“ am 8.6.2017
- Auf der ConAction-Konferenz am 2.10.2017 hielt Eberhard Schultz ein Grußwort zu sozialen Menschenrechten



- Teilnahme am Herbstforum des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts „Soziale Rechte in Europa“ am 29/30.11.2017
- Teilnahme an der Veranstaltung von SOS Mediterranée zur „Rolle der europäischen Zivilgesellschaft im Mittelmeer in der Landesvertretung Bremen“ am 12.5.17 in Berlin.
- Teilnahme an der Festveranstaltung anlässlich des fünften Jahrestages der Gründung des Fördervereins Stille Straße e.V. am 27.10.2017 im Rathaus Pankow

2.2 Öffentliche Erklärungen und Pressemitteilungen

Im Berichtsjahr haben wir

- eine Anzeige mit einem Aufruf zur Umsetzung der sozialen Menschenrechte geschaltet, verbunden mit einem Spendenaufruf unserer Stiftung. Diese erschien im Dezember 2016 in den Zeitungen TAZ, Junge Welt, Freitag, Neues Deutschland und der Berliner Zeitung und Januar 2017 im Freitag und im Neuen Deutschland
- eine gemeinsame Erklärung mit FIAN, dem Paritätischen Gesamtverband, der Internationalen Liga für Menschenrechte, dem Haus der Demokratie und Menschenrechte Berlin, der Humanistischen Union, dem IPPNW und dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV), am 4.7.2017 versendet, unter dem Titel: „Bundesregierung auf dem Prüfstand: Umsetzung der sozialen Menschenrechte bleibt eine wichtige Aufgabe - Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt endlich ratifizieren!“ Die Pressemitteilung fußt auf der Zusammenarbeit mit den gleichen Kooperationspartnern der Pressemitteilung vom 16.12.2016 anlässlich des 50jährigen Jubiläums des UN-Sozialpaktes
- einen Wahlprüfstein zum aktuellen Thema „Soziales Menschenrecht auf Wohnen“ an die Bundestagsfraktionen am 31.8.2017 vor der Bundestagswahl gesendet und die gleichen Fragen über Abgeordnetenwatch an die Fachpolitiker*innen der Bundestagsfraktionen gestellt und die Antworten auf unserer Homepage veröffentlicht
- ein Grußwort mit dem Titel „Angemessener Wohnraum für alle – ein Menschenrecht!“ von Eberhard Schultz erschien in der Strassenfeger-Sonderausgabe 10/2017 anlässlich des Sleepout Berlin des Mob e.V.
- ein Interview im strassenfeger 3/2017 des Mob e.V. mit Eberhard Schultz zu „Sozialen Menschenrechten für alle“.
- Interview von Radio Lora am 4.12.2017 anlässlich des Münchener Tages der Menschenrechte mit dem Stiftungsvorsitzenden Eberhard Schultz
- Interview mit Radio Z im Rahmen der Reihe Precaradio vom 01.10.2017 bis 31.03.2018 mit monatlich einer 30-minütigen Sendung.



- eine gemeinsame Erklärung mit FIAN, dem Paritätischen Gesamtverband, der Internationalen Liga für Menschenrechte, der Humanistischen Union, der Deutschen Sektion der International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms (IALANA) und der Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen e.V. (VDJ), am 16.12.2017 versendet, unter dem Titel: „Die „Europäische Säule sozialer Rechte“ braucht ein solides Fundament! Die Umsetzung der sozialen Menschenrechte bleibt aktuell“ Die Erklärung fußt auf der Zusammenarbeit mit teilweise gleichen Kooperationspartnern der Pressemitteilung vom 4.7.2017.

2.3 Homepage

Die Homepage wurde weiter ausgebaut und ständig aktualisiert, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung sowie Beiträge zu Veranstaltungen sind dort nachzulesen. Die Verlinkung mit anderen Initiativen für Menschenrechte und Partizipation wurden weiter ausgebaut, auch durch Verlinkung mit den geförderten und ausgezeichneten Projekten. Die Homepage wird regelmäßig mit Downloads, Bildern und Links versehen – bei der Internetrecherche des Stichwortes „soziale Menschenrechte“ findet sie sich an prominenter Stelle (derzeit Nr. 2, kombiniert mit „Stiftung“ nach wie vor die Nr. 1 nach den bezahlten Googleanzeigen!). Die zunehmende Bekanntheit der Stiftung lässt sich auch an der Anzahl der Anträge an die Stiftung ablesen, zurzeit 15-20 im Quartal.

3. Zusammenfassung und kurzer Ausblick

Wir sind weiterhin die einzige Stiftung für soziale Menschenrechte im deutschsprachigen Raum. Unsere Stiftung und ihr Satzungszweck ist in wichtigen Bereichen als Stiftung mit sozialen Zielsetzungen inzwischen in Berlin und darüber hinaus bekannt geworden und hat die Grundlagen für eine erfolgreiche Arbeit zur Erfüllung des Satzungszwecks weiter ausgebaut. Die Jahresveranstaltung soll 2018 wieder stattfinden mit der Verleihung des „Sozialen Menschenrechtspreises“.

Aufgrund der soliden Finanzsituation kann die Arbeit 2018 voraussichtlich unter Auflösung der in den vergangenen Jahren gebildeten Rücklagen im bisherigen Umfang weiter fortgeführt werden. Für 2019 sind derzeit keine Erträge aus dem Stiftungsstock zu erwarten, die eine Stiftungstätigkeit im bisherigen Umfang ermöglichen würden.

4. Finanzübersicht

Die Betreuung in finanzieller Hinsicht und die Gewinn- und Verlustrechnung wurde und wird durch die *HANITAX Steuerberatungsgesellschaft mbH (Düsseldorf)* durchgeführt.

Das **Stiftungsvermögen**, bestehend aus Stiftungskapital, freien Rücklagen und zeitnah zu verwendenden Mitteln beträgt nach der Vermögensübersicht am 31.12.2017 **1.068.196,76 Euro**.



Wir haben im Geschäftsjahr 2017 **Einnahmen** in Höhe von **70.379,70 Euro** aus Zinsen und Dividenden erzielen können und dazu **7.723,86 Euro** Zuwendungen erhalten, insgesamt also **78.103,56 Euro** eingenommen.

Die **Ausgaben** betragen **79.783,99 Euro** (darunter fallen auch die in Erfüllung des Satzungszwecks weitergeleiteten Spenden).

Es ergeben sich also Mehrausgaben von **1.680,43 Euro** für das Berichtsjahr 2017. Diese entstanden zu **1.586,54 Euro** aus Stückzinsen der Aktienankäufe und werden aus den zeitnah zu verwendenden Mitteln entnommen. Die freie Rücklage beträgt nun **50.000 Euro**. Die Höhe der zeitnah zu verwendenden Mittel beträgt **19.937,54 Euro**.

Damit stehen zum Jahresanfang 2018 also aus den Vorjahren noch **69.937,54 Euro** für satzungsgemäße Zwecke der Stiftung zur Verfügung. (Dazu kommen voraussichtliche Einnahmen aus Zinsen in 2018 von ca. **20.000 Euro**.)

Auf die Zahlungen im Sinne des Stiftungszweckes (Förderung der Projekte) entfielen **42365,70 Euro**, die gesamten Verwaltungskosten betragen **37.418,29 Euro**. Bewilligte Projektgelder in Höhe von **17.000 Euro** wurden nicht abgerufen. So hat das Deutsche Institut für Menschenrechte die 5.000 Euro, welche für das Projekt „Kompass“ zugesagt wurden, wieder freigegeben wegen einer anderweitigen, höheren Mittelzusage. Freigegeben wurden auch 3.000 Euro für die Fachpublikation zur Fachtagung 2015, die nicht erstellt wird. Die für einen Film über soziale Menschenrechte bewilligten 5.000 Euro konnten auch in 2017 nicht ausgezahlt werden, genauso wie die bewilligten 4.000 Euro für ein neues Corporate Design der Stiftung, beide werden voraussichtlich 2018 in Anspruch genommen, die Klärung der Einzelheiten der Realisierung und Auswahl der Anbieter konnte 2017 nicht mehr vollendet werden.

Die Verwaltungskosten beinhalten auch die Personalkosten für eine halbe Stelle, die notwendig war zur Büroorganisation, Bearbeitung und Aufbereitung der Projektanträge für die Gremiensitzungen, für die Vor- und Nachbereitung der Veranstaltungen, Ausschreibungen, der Öffentlichkeitsarbeit in Form von Dokumentationen, Pressemitteilungen, Spendenwerbung, Stiftungswerbematerial und Werbeanzeigen.

5. Formeller Jahresabschluss

Der Jahresbericht für das Jahr 2017 wird dem Kuratorium vom Vorstand hiermit vorgelegt.

Die Vermögensübersicht sowie die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung für 2017 wurden nach der Vorgabe der Aufsichtsbehörde und unter Mitwirkung der *HANITAX Steuerberatungsgesellschaft mbH* erstellt (siehe Anhang).

Berlin, den 19. Februar 2018

Für den Vorstand: